

Antrag

gemäß der Geschäftsordnung

Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Fraktion

Nr.: **A 18/0723-01**

Status: öffentlich

Datum: 06.09.2018

Berichterstattung zur Situation bei der Ruhrbahn

Antrag Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Beratungsfolge

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	27.09.2018	Hauptausschuss

Beschlussvorschlag:

Bis auf Weiteres ist der Punkt „Berichterstattung zur Situation bei der Ruhrbahn“ obligatorischer Bestandteil der Tagesordnung des Hauptausschusses sowohl im öffentlichen wie im nicht-öffentlichen Teil.

Begründung:

Das landesweit als Pioniertat unter Beobachtung stehende Projekt „Gemeinsames Nahverkehrsunternehmen der Städte Essen und Mülheim an der Ruhr“ droht sich momentan – siehe Presseberichte - in Streitereien, Eifersüchteleien und Machtkämpfen zu verzetteln. Die Konfliktlinien verlaufen zwischen Geschäftsführung und Personalrat, zwischen Letzterem und dessen früheren Mitgliedern sowie teils auch zwischen Politik und Verwaltung der beiden Städte Essen und Mülheim. Angesichts der Bedeutung des Projektes bezüglich der Effektivierung des Öffentlichen Nahverkehrs im Ruhrgebiet ist dies eine fatale Entwicklung. Die Öffentlichkeit muss den Eindruck gewinnen, dass es zuvorderst nicht um Optimierung, bessere Angebote für Fahrgäste und Entlastung städtischer Finanzen geht, sondern um persönliche Grabenkämpfe.

In dieser Situation ist festzustellen, dass große Teile des Mülheimer Rates eher über die Presse denn über die Verwaltung informiert werden. Weil außer SPD und CDU andere Fraktionen und Gruppen keine Vertreter*innen im Aufsichtsrat der Ruhrbahn stellen,

besteht bei ca. 43 Prozent der Ratsmitglieder ein eklatantes Informationsdefizit. Dies gilt auch für auf Leitungsebene außerhalb des Aufsichtsrates behandelte Angelegenheiten. Gerade in der aktuellen Situation ist aber politische Steuerung auf Grundlage hoher Informationsdichte gefragt.

Eine kontinuierliche Berichterstattung und Nachfragemöglichkeit im Hauptausschuss ist deshalb unerlässlich.

Tim Giesbert
Fraktionssprecher